

## **Illegale Reifenlager sind nicht akut gefährlich**

### **Umweltminister Sander sieht keine gegenwärtige Gefahr**

Buchholz/Munster. „Der Volksmund sagt: Aus Schaden wird man klug. Dies gilt aber wohl nicht für Umweltminister Sander“, sagte der Schneverdinger SPD-Landtagsabgeordnete und Vizepräsident des Niedersächsischen Landtags, Dieter Möhrmann, heute unserer Zeitung als erste Kommentierung einer Antwort der Landesregierung auf seine kleine Anfrage zu den illegalen Reifenlagern im Landkreis. „Immerhin ist durch die landesweite Öffentlichkeit die Räumung in Munster in Gang gekommen, aber die Buchholzer leiden weiter unter den durch den Brand entstandenen Umweltbelastungen und Private und die Kommune sollen auf ihren Kosten sitzen bleiben. Das kann nicht akzeptiert werden“, so der Abgeordnete.

Es rächt sich nun bei den Kosten, die nun das Land in höherem Maße für die Räumung zu tragen hat, dass die zuständigen Landes-Behörden über Jahre immer wieder nur den rechtlichen Weg der Kostenübernahme zu gehen bereit waren. Das Ministerium rechnet mit 265.000 Euro in Buchholz. Hier hatte das Lager ein Volumen von 500 Tonnen. In Munster geht man nach Darstellung der Stadtverwaltung für die geschätzten 5000 Tonnen nicht verbrannter illegal gelagerter Reifen von 200.000 Euro Räumungskosten aus.

Die richtige Schlussfolgerung wäre gewesen, die behördliche Räumung durchzusetzen und danach die Kostenfrage juristisch zu klären, dazu findet sich Herr Sander aber auch zukünftig nicht bereit. „Der Tatbestand einer gegenwärtigen Gefahr, die einen Sofortvollzug erfordert hätte, war nicht erfüllt.“ Und weiter: „Ein Reifenbrand kann in der Regel nur durch entsprechende mutwillige Handlung oder sonstige Fremdeinwirkung (z.B. defekte technische Geräte oder Installationen) entstehen, die auch bei genehmigten und ordnungsgemäß betriebenen Reifenlagern .... nicht mit letzter Sicherheit ausgeschlossen werden kann.“ Dazu muss man wissen, dass die örtlichen Feuerwehren die Brandgefahr erheblich höher einschätzten und ordnungsgemäße Reifenlager natürlich Brandschutzaufgaben erfüllen müssen, bei illegalen Lagern gibt es keinen Brandschutz.

Der Verdacht des hiesigen Abgeordneten, Dieter Möhrmann, dass es an fehlenden Haushaltsmitteln liegen könnte, dass behördliche Räumungen erst nach Jahren der Versuche der rechtlichen Durchsetzung erfolgen, lässt sich auch nach der Antwort für die letzten 3 Jahren nicht vollständig ausräumen. Die Gewerbeaufsichtsämter mussten sich 284.000 Euro in 2006, 167.000 Euro in 2007 und 2008 sogar 900.000 Euro als überplanmäßige Ausgabe genehmigen lassen, weil die vorgesehenen Haushaltsmittel nicht ausreichten. Veranschlagt waren 52.000 und jeweils 300.000 Euro. „Wer den behördlichen, bürokratischen Weg der Genehmigung unter Einschaltung des Finanz- und Umweltministeriums kennt, kann sich vorstellen, wie zuständige Beamte in den Gewerbeaufsichtsämtern sich scheuen, diesen Weg zu gehen“, kommentierte Möhrmann. Minister Sander sagt dazu lapidar: „Es ist ... kein Fall bekannt, in dem aufgrund fehlender Haushaltsmittel erforderliche Maßnahmen zur Gefahrenabwehr unterblieben wären“.

Dieter Möhrmann forderte Umweltminister Hans-Heinrich Sander (FDP) auf, seine Vorgehensweise zu überdenken und nach den Vorkommnissen in Buchholz der Räumung illegaler Reifenlager Vorrang zu geben. Nach seiner Auffassung ist die Räumung des illegalen Lagers in Munster erst bis September 2010 wegen der Gefährdungslage erheblich zu beschleunigen.